

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 50 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,
Berlin S. 14 — Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adelsstraße 16
Fernsprecher Nr. 8860

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Mildert sich die Wirtschaftsnot?

Millionen von Arbeitern und Angestellten, die von der ungeheuren Wirtschaftskrise betroffen, ihre Beschäftigung verloren haben oder aber als Kurzarbeiter fast der gleichen Not wie die Erwerbslosen preisgegeben sind, warten gespannt auf den „Silberstreifen“ am Horizont, der ihnen die Rückkehr zur alten Beschäftigung bedeutet.

Ein wichtiges Zeichen gibt es allerdings, das auf eine bevorstehende Belebung der Konjunktur hindeutet; das ist die Tatsache der Kreditvermehrung. Neue Kredite sollen der deutschen Wirtschaft in zweierlei Form zufließen: einmal aus den ausländischen Anleihen, die in der letzten Zeit wieder ausgiebig gewährt werden, zum anderen aber durch die von der Reichsbank angekündigte Mildierung, wenn nicht Aufhebung der bisher verfolgten Politik der Kreditschränkung. Aus den Krediten kann der Produktionsapparat vervollständigt, Rohstoffe gekauft, Arbeiter eingestellt, Löhne und Gehälter gezahlt werden. Auslandsanleihen bedeuten in dieser Beziehung Übertragung der Kaufkraft von dem borgenenden Ausland auf das kreditnehmende Inland. Die neuen inländischen Kredite für die Wirtschaft — ob sie nun auf früheren Kreditsparnissen beruhen oder aber ursprünglich zur Erweiterung der Produktion geschaffen werden — bedeuten ebenfalls neu hinzutretende Kaufkraft.

Wieso kommt es, daß, obwohl Auslandskredite schon seit längerer Zeit wieder einfließen und die Erweiterung der inländischen Kreditbasis schon vor längerer Zeit angekündigt wurde, die Belebung des Geschäftslebens noch nicht eintritt? Dies kommt daher, daß die Wirtschaftskrise, vor allem die gegenwärtige in Deutschland, auch eine Vertrauenskrise ist. Das zur Kreditgewährung nötige Vertrauen in die Tragfähigkeit der Wirtschaft ist erschüttert, weshalb selbst die vorhandenen Kapitalien von den Banken nicht voll ausgeliehen werden. Die ausländischen Anleihen liegen, bevor sie ihrer endgültigen Bestimmung zugeführt werden, bei den deutschen Banken, die sie aber nicht der Wirtschaft zuführen, sondern als Einlagen zu ganz niedriger Verzinsung, ja sogar ohne Verzinsung liegen lassen. Selbst der Wirtschaftskredit gewährt werden, so geht es nicht aus der jüngst erfolgten Senkung der Reichsbankzinsrate immer noch zu hohen Zinsen, was einer Erweiterung der Kreditbasis hindernd im Wege steht. Zu dem verhältnismäßig niedrigen Reichsbankzinsfuß erhalten nur bevorzugte Kreise Kredite, während die übrige Wirtschaft auch heute noch — wenn auch ihre Zinslast gegenüber 1924 wesentlich geringer wurde — Zinsen zahlen muß, welche unter Anrechnung der verschiedenen Provisionen etwa das Zweifache der Reichsbankzinsen ausmachen.

Wenn wir trotzdem annehmen, daß die geschäftsdrohende Vertrauenskrise einer zuverlässigeren Beurteilung der Lage weichen wird und daß brachliegende Kapitalien schließlich ihren Weg in die Wirtschaft finden werden, so stehen wir wieder vor neuen Problemen, deren Gewicht nicht unterschätzt werden darf.

Die Konjunkturbelebung pflegt immer mit Preiserröschungen einherzugehen. Was aber der deutschen Wirtschaft not tut, ist ein Preisabbau. Der deutsche Preisstand ist immer noch zu hoch. Der amtliche Großhandelsindex gibt über die wirkliche Höhe der Preise keinen richtigen Aufschluß, da die Kleinhandelspreise — und schließlich kommt es in den meisten Fällen auf die Kleinhandelspreise an — außerordentlich hoch sind. Auch der Reparationsagent hat in seinem jüngst veröffentlichten Bericht auf diesen Umstand nachdrücklich hingewiesen. Er hat ein charakteristisches Beispiel für diese Lage angeführt: Der durchschnittliche Preis von drei Sorten Rindvieh betrug im Sommer 1925 95 bis 100 des Vorkriegspreises, der durchschnittliche Fleischpreis dieser drei Sorten betrug im Großhandel 119 bis 120, im Kleinhandel dagegen 136 bis 150 des Vorkriegspreises. Die letzte Nummer des Economist widmet der Erklärung der derzeitigen Höhe der deutschen Preise eine besondere Unterabteilung, was deshalb auffallend ist, weil es zeigt, daß selbst das Ausland, welches sich über die niedrigen deutschen Löhne, die die internationale Konkurrenz erschweren, beklagt, trotzdem die außerordentliche Höhe des deutschen Preisstandes anerkennt. Der Preisabbau ist unerlässlich, wenn die Ausfuhr gesteigert werden soll. Nicht weniger notwendig ist aber die Preisentlastung für die im Inland verbrauchten Waren, schon deshalb, weil die Steigerung der Ausfuhr eine Verbreiterung der Produktionsbasis voraussetzt, die wieder nur möglich ist, wenn im Inland ein kaufkräftiges Publikum die Waren aufnehmen vermag. Bei den gegenwärtigen hohen Preisen kann dies aber nicht geschehen.

So stehen wir hier vor einem Problem: auf der einen Seite Belebung des Geschäftslebens mit steigenden Preisen, auf der anderen die Notwendigkeit des Preisabbaues. Sehr verstärkt wird dies noch durch ein zweites, nämlich die Notwendigkeit der Umstellung und der Rationalisierung der Produktion. Niemand kann sich der Tatsache verschließen, daß diese Rationalisierung durch Verbesserung der Organisation, vor allem durch Ausschaltung der nicht lebensfähigen Betriebe, unvermeidlich ist. Dieser Ausleseprozeß kann aber nur durch einen Druck auf die Produktion erreicht werden, der die lebensfähigen Betriebe zur Rationalisierung zwingt, den nicht lebensfähigen aber das Lebenslicht ausbläst. Wenn nun umfangreiche Kredite gewährt werden, so wird, wie man wohlmeinende Kritiker befürchten, dieser Rationalisierungsprozeß aufgehalten. So ist zum Beispiel eines der größten Übel die allzu große Lagerhaltung bei den Industrieunternehmen und Warenbeständen. Vermehrte und verbilligte Kredite können jedoch zur Verbilligung der überflüssigen großen Lager beitragen, indem sie das Durchhalten der Waren bis zu deren Preissteigerung ermöglichen. Auch sonst

können aber die nicht lebensfähigen Betriebe mit Hilfe der neuen Kredite zum Schaden des Reinigungsprozesses künstlich über Wasser gehalten werden. Die Kreditausdehnung führt vermehrte Nachfrage herbei und verhilft somit den Unternehmern zu Gewinnen, die sonst nur durch eine gründliche Rationalisierung der Betriebe zu erreichen wären. Deshalb meinen die erwähnten Wirtschaftspolitiker, es sei besser, die Wirtschaftskrise bis zum bitteren Ende auszukosten, als daß nach Abflauen des Kreditstromes die Krise mit um so größerer Wucht auftreten würde.

Das Gewicht dieser Bedenken kann nicht bestritten werden. Sie können uns aber nicht dazu verführen, die Konjunkturbelebung durch Kredite von der Hand zu weisen. Es ist durchaus nicht notwendig, daß die Rationalisierung der Produktion mit wachsendem Glend der Bevölkerung und mit dem weiteren ungleichen Ansteigen der Arbeitslosigkeit einhergeht. Nötig ist aber, daß der Druck zur Rationalisierung trotzdem nicht aufhört. So hohe Löhne sind auf jeden Fall der wirksamste Antrieb zu technischen Verbesserungen. Es gehört aber auch eine tatkräftige Preiskontrolle, vor allem eine verstärkte Kontrolle über die Kartelle dazu, um die zu erwartenden Preissteigerungen in ihrem Ausmaß zurückzuführen. Die Kartelle müssen gezwungen werden, der durch Kredite vermehrte Nachfrage nach Produktions- und Konsumgütern ein vermehrtes Warenangebot zu billigen Preisen entgegenzustellen, damit die inflatorischen Wirkungen der Kreditausdehnung vermieden werden. Freilich wäre auch die richtige Verteilung der Kredite von großer Wichtigkeit. Von dem Zustand einer durchgreifenden Kreditkontrolle sind wir allerdings weit entfernt.

Rassenfanatiker als Helfer der Scharfmacher

Unter den Forderungen der Scharfmacher im deutschen Unternehmertum prangt die nach Abschaffung der sozialen Fürsorge an erster Stelle. Den Feinden der sozialen Fürsorge sind nur die Rassenfanatiker, die deutschen Rassenhygieniker und die rassistischen Helfer der Scharfmacher. Was diese Herrschaften über Rassenunterschiede, Langschädigkeit und Minderwertigkeit, Herrentaufen und die Ursachen des Bevölkerungsrückganges denken, kümmert uns in diesem Zusammenhang nicht. Sie belieben aber, die einzelnen Angehörigen unserer Rasse in sogenannte taugliche und untaugliche Menschen einzuteilen. Und was so ein richtiggehender Rassenfanatiker ist, der ist von der erschreckenden Zunahme der Untauglichen und von der beständigen Abnahme der Tauglichen überzeugt, und spricht darum von der „drohenden Verpöbelung“ unseres Volkes. Darunter verstehen die Rassenfanatiker, daß die Zahl der Menschen immer mehr zunehme, die ihren Kindern überwiegend schlechte Eigenschaften und Anlagen vererben.

Einen der Hauptgründe für diese Erscheinung suchen die Rassenhygieniker in der „mangelnden natürlichen Auslese“ unter den Tauglichen und Untauglichen. Sie klagen unsere „zu humane Denkhaltung“ an, daß durch sie die natürliche Auslese unter den Menschen abgebaut werde, wodurch das Untaugliche in gleichem, ja höherem Maße zur Fortpflanzung gelangt wie das Taugliche, und daher eine durchschnittliche Verschlechterung des Erbgutes unseres Volkes die unausweichliche Folge sein müsse. Hauptursache aber werde die natürliche Auslese durch — die soziale Fürsorge in Deutschland beeinträchtigt. Es stehe also gewissermaßen die Zunahme der Untauglichen in einem festen Verhältnis zum Ausbau der sozialen Fürsorge. Also: Je mehr soziale Fürsorge, desto mehr Untaugliche! Mit solchen Erörterungen treten die Rassenfanatiker in den Bereich sozialpolitischer Streitfragen. Und hier ist der Augenblick gekommen, wo sich die Arbeiterbewegung mit den Rassenfanatikern zu befassen hat. Denn man müßte die Klopffächer des Kapitalismus nicht kennen, um nicht vorauszusetzen, daß sie mit Freuden darauf verweisen werden, wie ihre sozialreaktionären Forderungen nun auch sogar „naturwissenschaftlich gerechtfertigt“ seien.

Wir Deutschen rühmen uns, in der Reihe der Völker bezüglich der sozialen Fürsorge an der Spitze zu marschieren und zugleich fürchte, wir rühmen uns mit einer Sache, welche geeignet ist, in unser Volk den Todeskeim hineinzulegen,“ schrieb kürzlich einer der Rassenapostel. Die Rententassen, Angestellten, Invaliden- und Altersversicherung, Arbeitslosenfürsorge, Wohlfahrtspflege für Unbemittelte, dieses alles seien Einrichtungen des Staates, durch die die natürliche Auslese zwischen Tauglichen und Untauglichen unterbunden werde. Damit nicht genug, erklären es die Rassenfanatiker für höchst bedenklich, daß jedem Menschen — wenn auch nur theoretisch, auf dem Papier — ein gewisser Daseinsmindestlohn zugesichert wird. Nicht weniger ablehnend verhalten sie sich gegenüber den von der modernen Gewerkschaftsbewegung erklärten Tariflöhnen, vor denen nur die „Untauglichen“ Nutzen hätten. Ihr Ideal ist der Längst in die Erde gestellte, für die hochkapitalistische Wirtschaftsweise unbrauchbare Unternehmerstandpunkt: für jeden Arbeiter einen persönlichen Lohn. Mit solcher Verlogenheit also gedenkt man den „Tauglichen“ zu fördern. Da ist es wirklich nicht einzusehen, warum die Rassenapostel nicht auch über die Gewerkschaften und über die gesamte Arbeiterbewegung ihr Verdammungsurteil aussprechen, deren Solidarität doch gerade in der tätigen Hilfe für die Schwachen gipfelt und die unablässig für die Erweiterung der sozialen Fürsorge kämpft. Und warum nicht auch offen dem Achtundenden Fehde anlegen, der den freien Wettbewerb zwischen Tauglichen und Untauglichen auf die Kleinigkeit von nur acht Stunden täglich beschränkt? Warum

nicht überhaupt kurzerhand die Beseitigung der ganzen Arbeiter-schuttschgebung auf die Fahne der Rassenfanatiker schreiben?

Wollte man diese den Scharfmachern so verlockend klingenden Ansichten bis in die letzte Auswirkung verfolgen, so bliebe schließlich nichts anderes übrig, als die Ketten des Faustrechts und der Raubritter wieder herbeizuführen, wo sich der stärkere „Taugliche“ gegen den schwächeren „Untauglichen“ in geradezu idealer Weise „durchzusetzen“ vermöchte. Man müßte dann den Grundsatz aufstellen: Freie Bahn dem Elbogen-tüchtigen! und sich im übrigen den Teufel darum kümmern, wie sich dank der fehlenden sozialen Fürsorge und in unserer Notzeit die verheerende Anarchie ausbreitete. Wie durch die dann einsetzende Massenverelendung, durch das Anwachsen des Lumpenproletariats und die tatsächliche „Verpöbelung unseres Volkes“ sich dessen Erbgut verbessern sollte, bleibt das Geheimnis der Rassenfanatiker.

Wer heute, wie vernagelte Scharfmacher und die Rassenfanatiker, die zwingende Notwendigkeit der sozialen Fürsorge bestrittet oder gar bekämpft, der hat, gelinde gesagt, das Wesen und die tatsächlichen Verhältnisse unserer Zeit gründlichst verkannt. Soziale Fürsorge ist ein Notbehelf der hochentwickeltesten Wirtschaftsweise, solange die sozialistische Welt der Einzelnen Beschäftigten, sondern der Gesamtheit zugute kommt, indem der allerwichtigste Volksreichtum, die Arbeitskraft der vielen Millionen Staatsbürger, erhalten, gefördert und gegen Verelendung gesichert wird. Was sich für den Einzelunternehmer vielleicht nicht nachteilig auswirkt: daß er seine Arbeiter mit 40 Jahren als nicht voll leistungsfähig auf die Straße setzt oder durch uneingeschränkte Ausbeutung der Jugendlichen diesen die Möglichkeit raubt, später ihre volle Leistungskraft zu entfalten — all dieses bedeutet für die Allgemeinheit zweifellos einen gefährlichen Raubbau. Und dagegen kann sich die Allgemeinheit eben nur durch Sozialgesetzgebung, durch soziale Fürsorge schützen, ganz abgesehen davon, daß diese gleichsam ein gesetzlicher Zwang zur Selbsthilfe ist.

Die organisierte Arbeiterkraft wird sich jedenfalls in ihrem Kampf um den notwendigen Ausbau der sozialen Fürsorge weder durch die Scharfmacher des Unternehmertums, noch durch die Afterswissenschaft der Rassenfanatiker betrasen lassen.

Kali

In den Chor der Verzweiflung, der die bürgerliche Presse bei ihren Schildern auf das Wirtschaftsjahr 1925 füllt, mischt sich ein Ruf der Freude: die Kaliindustrie hat gut abgeschnitten. Inzwischen man sonst überall von Niedergang, Zusammenbrüchen, Einschränkungen und Stillelegungen hört, hat der Kalibergbau im abgelaufenen Jahre glänzenden Abschluß gehabt, hoffnungsvolle Entwicklung, guten Verdienst. Wie ist das gekommen? Woher diese Oase in der allgemeinen Wüste kapitalistischen Niederganges? Das wurde ausführlich mitgeteilt in der Jahresversammlung des Winterhall-Kongresses am 16. Dezember, und es ist für uns als Sozialisten lehrreich, das, was dort gesagt wurde, gründlich zu studieren.

Die Kaliindustrie hat alles getan, um durch billige Preise den Absatz zu heben, heißt es wörtlich in dem Bericht der Deutschen Bergwerkszeitung. Erreicht hat sie dies dadurch, daß sie bestrebt war, die Produktion von Kalisalzen auf die am wirtschaftlichsten arbeitenden Werke zu konzentrieren. In welcher Weise das geschah und welche Erfolge damit erzielt wurden, schildert der Bericht des Direktors Well über „die technische und betriebliche Lage“ des Konzerns, dem die folgenden Stellen entnommen sind:

„Die Produktion hat sich auf die Werke mit den besten bergbau-lichen Grundlagen konzentriert.“ Der Konzern besitzt heute 85 Werke und die Quote (das heißt Förderberechtigung) von 4 weiteren Werken. Von diesen 89 Werken werden nur 10 betrieben, die anderen liegen still. Durchschnittlich darf ein Werk 60 000 Doppelzentner Kalialkali im Jahr absetzen. Statt dessen erreichen die mittleren der in Betrieb befindlichen Konzernwerke 600 000 Doppelzentner. Dadurch sind die Selbstkosten auf die Hälfte herabgedrückt. Vor der Konzentration betrug die Durchschnittsleistung der gesamten Kalialwerke des Konzerns 1 Doppelzentner je Mann und Schicht; heute 2½ Doppelzentner, und man steht hierbei noch lange nicht am Ende der Entwicklung.“ Früher betrugen die Einnahmen eines mit Fabrik ausgestatteten Werkes 7 bis 8 Millionen Mark, heute erbringt ein mittleres Betriebswerk das Mehrfache, 7 bis 8 Millionen Mark.

Der sozialistisch gesinnte Leser, zumal wenn er überdies noch in Bergbau und Industrie sachkundig erfahren ist, sieht sofort, daß die Kaliindustrie diese Erfolge der fortschreitenden Plan-mäßigkeit der Produktion verdankt. In der Tat liefert der Kalibergbau schon seit Jahrzehnten einen einbringlichen Aufschauungsunterricht für die Wichtigkeit der sozialistischen Bestrebungen, die bekanntlich die Planmäßigkeit auf den gesamten Umfang der gesellschaftlichen Produktion ausdehnen wollen. Solange der Kalibergbau dem kapitalistischen „freien Wettbewerb“ überlassen war, fand eine ungeheure Verschwendung von Material und Arbeit statt. Jeder, der sich Profit davon versprach und Geld genug hatte, begann ein Kalibergwerk zu errichten. Und als der Staat mit halben und unvollkommenen Maßregeln eingriff, wurde es noch schlimmer. Schon im Dezember 1909 klagte die Kaliische Zeitung: „Die Arbeit, die jetzt von mehr als 50 und in einigen Jahren vielleicht von 100 Kaliumunternehmen geleistet wird, könnte ebensowohl von einem Dutzend Werken mit weit besserem Erfolge geleistet werden.“ Jetzt erst, nach 16 Jahren, sind wir so weit, daß tatsächlich die vorher auf 89 Werke verpöbelte Arbeit von 16 Werken geleistet wird. Welch ungeheure Menge von Betriebsmitteln, Material und Arbeitskraft sind in diesen 16 Jahren unnütz verschwendet worden!

Und welche ungeheure Menge wird noch jetzt verschwendet? Nicht nur, weil es ja bis jetzt vornehmlich nur der eine Konzern ist, der so planmäßig vorgeht, indes sonst meist in der alten Weise fortgewirtschaftet wird, sondern auch bei dieser kapitalistischen Konzentration selbst. Auch das erfahren wir aus dem Winterhall-Bericht. Nämlich: 1. Als noch alle 89 Werke in Betrieb waren, beschäftigten sie 22 000 Arbeiter, jetzt nur noch 9500.

Der Bericht verzeichnet das Bild, geschildert, als einen Karikall. Das ist es aber nur für die kapitalistischen Besitzer und Aktionäre der Kalialwerke. Was wird aus den 12 500 Entlassenen? Ganz abgesehen

Reform der Sozialversicherung

Hierüber ist in den letzten Jahren wohl mehr als genug geschrieben worden. Deshalb soll es nicht Aufgabe dieses Schriftchens sein, sich mit der gewöhnlichen Reform der Sozialversicherung zu beschäftigen, sondern zu untersuchen, was eigentlich der Gemeinwohl ist; daß zwar von dieser Reform immer viel geschrieben, diese aber selbst keinen Schritt weiterkommt.

Betrachtet man die Krankenversicherung, die doch von dieser Reform in erster Linie betroffen werden soll, so muß man sich zuerst mit dem Stärkeverhältnis der einzelnen Kassenarten bekannt machen. Nach dem Jahrbuche der Krankenversicherung 1924 gab es in Deutschland im Jahre 1921 folgende Krankenkassen:

Orts- krankenk.	Land- krankenk.	Annun- gen- krankenk.	Betriebs- krankenk.	Knap- sch.- krankenk.	Erf.- krankenk.	Zusammen
2524	496	886	4559	128	46	8614

Mitglieder

1179648	2198208	829410	3755117	1120653	465505	19028736
---------	---------	--------	---------	---------	--------	----------

Die Zahl der Betriebskrankenkassen ist demnach um 504 größer als die Zahl aller anderen Kassenarten zusammen. Dabei sei gleich-zeitig zur Erweiterung mit erwähnt, daß 1921 noch 8 Betriebskrankenkassen mit 1—5 Mitgliedern:
14 „ „ „ 6—10 „ „ „ „ „ „ „ 11—20 „ „ „ „ „ „ „ 21—50 „ „ „ „ „ „ „ „

vorhanden waren. Nach den Betriebskrankenkassen stehen die Ortskrankenkassen an zweiter Stelle. Die übrigen Kassenarten folgen erst in gewaltigen Abständen. Ganz anders gestaltet sich aber das Bild, wenn man die Mitgliederzahl der Kassenarten betrachtet. Da haben die Ortskrankenkassen über 11 Millionen, alle übrigen Kassen zusammen etwas mehr als 7 1/2 Millionen Mitglieder.

Aus dem Stärkeverhältnis der Mitgliederzahl der einzelnen Kassenarten kann man erkennen, daß bei einer Befragung der Mitglieder — um deren Wohl und Wehe es doch bei dieser Reform der Sozialversicherung in erster Linie geht —, diese Frage schon längst erledigt wäre. Selbstverständlich nur im Sinne einer Vermischung aller Kassenarten zu einer Einheitskasse, denn die Zahl der Mitglieder, die aus irgend einem Grunde an ihrer Kasse oder Kassenart hängt, wird nicht allzu hoch sein. Dadurch, daß aber die Versicherer in dieser für die äußerlich wichtigsten Frage einfach nichts zu sagen haben und — leider muß es gesagt werden — die Laune und Trägheit der großen Masse der Versicherer der sozialen Gerechtigkeit gegenüber eine nur allzu große ist, wird die Tätigkeit der Reform der Sozialversicherung ganz gewaltig gehemmt.

Ende 1920 wurde bekannt, daß im Reichsarbeitsministerium Stimmung für einen Gesamtumbau der Reichsversicherung vorhanden sei. Wie wurde aber nun von den maßgebend beteiligten Kreisen darauf geantwortet?

Daß die Ortskrankenkassen schon längst eine Vereinheitlichung der Krankenversicherung wünschen, ist allgemein bekannt. Gehen wir aber die Antwort der Betriebskrankenkassen auf der Verbandstagung in Heidelberg 1921 (siehe „Betriebskrankenkassen“ 1921, Seite 86). Da heißt es unter anderem: „Dräuende Wollen ziehen sich am Himmel der Reichsversicherung zusammen. Aus dem Reichsarbeitsministerium heraus wird Stimmung gemacht für einen Gesamtumbau der Reichsversicherung, wie es neuerdings heißt. Die alten Schlagworte von der Vereinheitlichung und Vermischung der Reichsversicherung, deren Forderung bei der Beratung über die Reichsversicherungsordnung gründlich dargelegt, werden wieder laut.“ Und nun folgt selbstverständlich die schroffe Ablehnung einer Reform und das nur allzu bekannte Lied über die Wohlstand, die den Versicherer daraus erwachsen, Mitglieder einer Betriebskrankenkasse zu sein.

Hier sieht man deutlich, in welchem Lager die Gegner einer Reform zu suchen sind. Dabei sei aber bemerkt, daß nicht etwa die Versicherer der Betriebskrankenkassen hierher zu rechnen sind, sondern einzig und allein die Unternehmer. Denn auf dem Verbandstage in Heidelberg 1921 waren von den über 450 Teilnehmern nur etwa ein Dutzend Betriebskrankenkassenvertreter anwesend, die aber auch nichts zu sagen hatten, sondern nur gnädigst als Zuhörer zugelassen wurden. Erst auf dem Verbandstage in Kassel 1922 wurden den Betriebskrankenkassenvertretern ein Drittel Stimmen zu den Stellen des Hauptverbandes ausgeteilt, obwohl diese damals bereits die Zusammenfassung des Hauptverbandes auf paritätischer Grundlage forderten, was aber bis heute die Herren Betriebskrankenkassenunternehmer den Betriebskrankenkassen nicht zugehen lassen haben.

Dah nun bei der Bekämpfung der Reform der Sozialversicherung die Betriebskrankenkassenunternehmer — die selbstverständlich nur aus reiner Profitgier für die Erhaltung ihrer Kassen oder Kassenarten eintreten — auch noch von den Land-, Annun- und Erf.-Kassen unterstützt werden, zeigt ebenfalls von einer bedeutenden Rückständigkeit dieser Kassenarten.

Den zweieinhalbtausend Ortskrankenkassen, die für eine Reform der Sozialversicherung eintreten, stehen demnach rund sechsauf tausend andere Kassen als Gegner gegenüber. Als stärkster Gegner — mit rund viereinhunderttausend — kommen die Betriebskrankenkassen in erster Linie in Frage. Hier gilt es zuerst anzusehen, wenn es mit der Reform vorwärtsgehen soll. Daß leider die Betriebskrankenkassenunternehmer noch Unterstützung von den Betriebskrankenkassenvertretern der Betriebskrankenkassen finden, muß ganz besonders hervorgehoben werden, denn in „Betriebskrankenkassen“ 1924 Seite 212 ist folgendes zu lesen:

„Die am 19. August d. J. im Gewerkschaftshaus versammelten Betriebskrankenkassenvertreter von Breslau und Umgebung verlangen von der Reichsregierung bei der bevorstehenden Änderung der Sozialversicherung die Beibehaltung der Betriebskrankenkassen; sie erblicken auch vom Standpunkte der Arbeitnehmer aus in den Betriebskrankenkassen die beste Form der Krankenversicherung.“

Gruppe 2 wird nach der Art der Herstellung unterschieden, und zwar in:

- c) Schmiedestücke, in festem Zustand erzeugt;
- d) Fließstücken, in geschmolzenem, flüssigem Zustand erzeugt.

Man sieht also bereits an diesem einen Beispiel, daß sowohl die Zusammensetzung des Werkstoffes wie die Art der Erzeugung des Werkstoffes ein und denselben Grundstoff ganz verschiedene Werkstoffe entstehen läßt. Durch weitere Behandlung dieser Eisenarten, sei es durch Beimengen weiterer Bestandteile, sei es durch Veredeln auf mechanischem Wege, können nun die verschiedensten Arten Werkstoffe bis zum feinsten Stahl entstehen. Ein aus der Praxis bekanntes Beispiel ist das „Lebende Hammer“ eines gewöhnlichen Fließstückes. Dieses läßt sich in gewöhnlichem Zustand ohne weiteres biegen, wird es aber längere Zeit geschmiedet, ausgeschmiedet, so wird es fester, es wird probe und bricht bei großer Biegung.

Kupfer. Auch dies wird in der Hauptsache aus Kupfer erzeugt, es ist in gediegenem Zustand nur selten vorhanden. Bei der Erzeugung von Kupfer handelt es sich in der Regel darum, aus den Kupfererzen die Beimengungen zu entfernen, hauptsächlich Schwefel, um das Kupfer rein zu erhalten. Das Kupfer als solches wird in der Werkstatt wenig verwendet, nur in der elektrischen Industrie findet es verbreitete Verwendung, aber als Legierungen: Kupfer mit Zinn als Messing und Kupfer mit Zinn als Bronze und Messing ist es uns näher bekannt.

Stahl. Dieses wird aus Weizengras oder Weizengrasen erzeugt und muß dann noch durch Umformen oder auf elektrischem Wege weiter gereinigt werden. Für Bearbeitung mittels Maschine kommt es nur als Rohmaterial für Apparate aus der chemischen Industrie in Frage.

Zinn. Auch dieses wird aus Erzen, dem Zinnstein, erschmolzen und dann gereinigt. Wir finden es in Verbindung mit anderen Bestandteilen als Legierung oder als Überzug für Feile etc.

In einem Gewerkschaftshaus sollen doch nur gewerkschaftliche Arbeiten geleistet werden. Wenn aber diese Entschließung wirklich in den Köpfen freigeistlicher Vorstandsmitglieder entstanden sein sollte, dann wird es höchste Zeit, daß du mal gründlich in die Geheimnisse geleuchtet wird; denn da muß bestimmt etwas nicht in Ordnung sein.

Daß aber die übergroße Mehrheit der Betriebskrankenkassen im Gegensatz zu dem obigen Beispiel steht, ergibt man aus der „Betriebskrankenkassen“ Seite 278, 1925. Da heißt es u. a.: „Auch in der grundsätzlichen Stellung zu den Betriebskrankenkassen ist von den freigeistlich organisierten Betriebskrankenkassen die Hoffnung, die sie zuerst erweckt hatten, nicht erfüllt worden. Die bezeichneten Betriebskrankenkassen haben in der diesjährigen Hauptversammlung in München öffentlich bekundet, daß sie für die Vereinheitlichung der Sozialversicherung, also für die Auflösung der Betriebskrankenkassen stimmen.“

Zusammenfassend kann man sagen, die Kreise, die für eine einschneidende Reform der Sozialversicherung eintreten, vereinigen zwar die übergroße Mehrheit der Versicherer. Ihnen stehen aber die Gegner der Reform gegenüber, die an Kassenstärke den ersten weit überlegen sind. Da aber bei diesem Kampfe nicht das Stärkeverhältnis der Kassen nach Mitgliederzahl, sondern nur nach Kassenzahl maßgebend ist, sind die Kräfte der Befürworter einer Reform noch zu schwach, um sich durchzusetzen. Das größte und bedauerlichste Hemmnis ist aber, daß die Kreise, die es in erster Linie angeht, nämlich die Versicherer, die Befürworter dieser Reform nicht tatkräftig unterstützen, sondern sich einfach durch die Laune und Gleichgültigkeit von selbst ausschalten. Hier gilt es vor allem den Hebel anzufassen und hier ist ein kolossales Feld für die Gewerkschaften zu bearbeiten. Das kann aber nicht Sache einer einzelnen Gewerkschaft sein, sondern das ist Aufgabe des ADGB. Wenn der ADGB durch seine Ortsausschüsse für genügend Aufklärung auf diesem Gebiete sorgt, wenn vor allem die Versicherer der Kassenarten, die noch als Gegner der Reform in Frage kommen, ganz besonders dabei ins Auge gefaßt werden, daß in ihren Köpfen Klarheit über eine Reform der Sozialversicherung geschaffen wird, dann wird sicher eine derartige Entschließung wie die von Breslau für immer der Vergangenheit angehören und die Front der Befürworter mächtig gestärkt werden.

Betriebsräte und Unfallbekämpfung

Die Denkschrift des Reichsarbeitsministers über die deutsche Sozialversicherung bringt unter anderem auch Angaben über den Umfang der Unfallversicherung und die alljährlich schätzungsweise zu leistenden Renten. Die Zahl der gewerblichen Betriebe, die der Unfallversicherung unterliegen, beträgt 780 000 mit 9,4 Millionen Versicherten und 4,5 Millionen landwirtschaftliche Betriebe mit 14 Millionen Versicherten. Es erleidet jeder 25. Versicherte — im Vergleich jeder zehnte — einen Unfall. Jeder zehnte Unfall führt zu einer Rente. In der Landwirtschaft trifft jeden hundertsten Versicherten ein Unfall, aber jeder zweite Unfall begründet einen Rentenanspruch. Zurzeit werden an 600 000 Verletzte und an rund 120 000 Hinterbliebene der Verunglückten Unfallrenten gezahlt. Nach dem seit dem 1. Juli 1925 in Kraft getretenen neuen Unfallversicherungsgesetz beträgt die jährliche Rentenlast schätzungsweise 110 bis 115 Millionen Mark in den gewerblichen Betrieben, bei den landwirtschaftlichen Betrieben zwischen 40 und 44 Millionen. Trotz der Höhe dieser Summe wird man nicht behaupten können, daß die einzelne Rente einen vollen Ersatz für die durch die Beschädigung beschränkte Arbeitsfähigkeit bedeutet. Es sind darum zu den schon genannten Summen auch jene hinzuzurechnen, die sich aus dem Unterschied der tatsächlichen Arbeitsbeschränkung und der Rente ergeben.

Diese Summen bedeuten für die Volkswirtschaft ungeheure Verluste; dabei seien die Entbehrungen der einzelnen Betroffenen und ihrer Angehörigen nur nebenbei erwähnt. Aus diesen Gründen ist es für jeden einzelnen Arbeiter belangvoll, daß die Unfallgefahren durch entsprechende Vorkehrungen verhindert werden. Einen gangbaren Weg hat bereits das Betriebsrätegesetz gezeigt, das bestimmt, daß der Betriebsrat bei der Bekämpfung der Unfallgefahren mitzuwirken und den Betriebsaufsichtsberechtigten durch entsprechende Hinweise zu unterstützen hat. Neben den Betriebsaufsichtsberechtigten haben auch die Betriebsgenossenschaften für Überwachung der Betriebe zu sorgen. Der § 848 der Reichsversicherungsordnung in der Fassung des neuen Unfallgesetzes vom 14. Juli 1925 (RGBl. S. 97) bestimmt, daß die Betriebsgenossenschaften dafür zu sorgen haben, daß, soweit es nach dem Stande der Technik und der Heilkunde und nach der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft möglich ist, Unfälle verhütet werden und bei Unfällen dem Verletzten eine wirksame Hilfe zuteil wird.

Hierzu bemerkt das Reichsversicherungsamt, Mitteilung für Unfallversicherung, in einem Rundschreiben an die Vorstände der dem Reichsversicherungsamt unterstellten Betriebsgenossenschaften, daß zu den vorstehenden Maßnahmen auch die Belehrung der Versicherten, der Meister und Unternehmer über das Wesen und den Wert der Unfallversicherung durch Wort, Schrift und Bild, Förderung der Lehre der Unfallversicherung an Schulen jeder Art, Abhaltung von Betriebskurven usw. gehören. Im Anschluß hieran erfolgte vom gleichen Amt am 4. Dezember 1925 ein weiterer Erlaß an die schon genannten Vorstände, der über das Zusammenarbeiten der technischen Aufsichtsberechtigten der Betriebsgenossenschaften mit den Betriebsvereinigungen bestimmt, daß sie zu den Betriebsvereinigungen die geschlossenen Betriebsvereinigungen nach Möglichkeit heranzuziehen haben. Dabei bleibt es dem Ermessen des technischen Aufsichtsberechtigten überlassen, ob er sich während der Besichtigungen mit der Begleitung des einzelnen Betriebsrats, zum Beispiel des Obmanns des Betriebsrats, des Betriebsobmanns oder eines mit den Fragen der Unfallversicherung besonders vertrauten Mitgliedes des Betriebsrats begnügt.

Zur Aus Zinlerzen: Walmei oder Zinblerde erschmelzen, mit nachheriger Reinigung. Kommt als Werkstoff nur in besonderen Industrien in Frage.

Aluminium. Dieses wird mit Hilfe des elektrischen Stromes aus tonerhaltigen Mineralien gewonnen und gewinnt immer mehr Bedeutung, besonders da man seine vielen Eigenschaften (geringe Festigkeit) immer mehr durch Verbindung mit anderen Stoffen beibehalten konnte, ohne das spezifische Gewicht wesentlich zu erhöhen. Bei Duraluminium und bei Silumin, beides Verbindungen, deren Hauptbestandteil Aluminium ist, gelang es sogar, bei wesentlich erhöhter Festigkeit das spezifische Gewicht niedriger zu bekommen. Es findet heute viel Verwendung im Luftschiff- und Flugzeugbau.

Die Eigenart der Werkstoffgefüge bedingt nun für die Bearbeitung besondere Verhältnisse. Jeder Werkstoff erfordert andere Werkzeuge, andere Schnittgeschwindigkeiten und andere Vorhänge. Die Form der Stähle nach jedem Werkstoff angepasst sein, so wie für Bearbeitung des Holzes die Werkzeuge als Messer ausgebildet sein müssen, so müssen die Schneiden der Stähle je nach der Festigkeit des Werkstoffes sich der Messerschneide nähern oder entfernen. Ebenso, wie für Holz Schnittgeschwindigkeiten von 10 bis 50 m/sk benötigt werden, schwankt die Schnittgeschwindigkeit bei Bearbeitung der einzelnen Werkstoffe, und es ist allgemein bekannt, daß man Kupfer mit wesentlich höherer Schnittgeschwindigkeit bearbeitet als Stahl. Auch erfordert die Trennung der einzelnen Werkstoffstücke verschiedene Kraft und erzeugt dadurch verschiedene Wärme, so daß eine Kühlung und Schmierung erforderlich wird.

Die mechanische Verbindung zweier Werkstoffe, seien dies nun solche gleicher Art oder aber solche verschiedener, bedingen in allen Fällen an den Trennstellen eine Veränderung der Lagerung einzelner Bestandteile. Sei es, daß zwei Eisenstücke verschweißt werden, und zwar entweder im Feuer oder autogen, immer wird die Lagerung

will oder ob er daneben oder statt dessen — zum Beispiel in großen Betrieben mit technisch stark voneinander abweichenden Abteilungen — Arbeiter hinzuziehen will. Letzteres wird besonders dann geraten sein, wenn gefällige Betriebsverhältnisse nicht vorhanden oder verhindert sind, an der Beschäftigung teilzunehmen. Dort wo nach dem Unfallversicherungsgesetz besondere Unfallversicherungsmänner gewählt sind, sind sie an der Beschäftigung zu beteiligen. Auch zu den amtlichen Unfalluntersuchungen sind die Betriebsräte heranzuziehen. Der Aufsichtsberechtigte ist aber weiter angehalten, über die Art und den Umfang der Ausführung der Bestimmungen, den dabei gesammelten Erfahrungen und über die dabei erhaltenen Anregungen und Vorschläge der Versicherten in den Beschäftigungsberichten Vermerkungen zu machen. In den alljährlich an den Reichstag zu erstellenden Berichten ist ferner über die Durchführung und Wirkung der erlassenen Anweisungen zu berichten.

Durch diesen Erlaß werden nunmehr die Betriebsräte best. Unfallversicherungsmänner auch zu den Revisionen der Beamten der Berufsvereinigungen, ähnlich wie bei den Revisionen der Gewerbeaufsichtsbeamten herangezogen. Dadurch wird der Gedanke der vorbeugenden Maßnahmen — Vorfrage — ein Stück weiter in den Vordergrund gedrängt. An den Betriebsräten wird es liegen, daß die in Frage kommenden Aufsichtsberechtigten die Auskünfte und Anregungen über die inneren Betriebsverhältnisse erhalten, die zur Förderung des Unfall-schutzes dienen. Vorfrage erhält die kostspielige Fürsorge und schützt den Arbeiter vor Sorgen und Entbehrungen, die durch Betriebsunfälle verursacht werden.

Sehn Gebote

für Unfallversicherte und Unfallverletzte

1. Benutze nie Schutzvorrichtungen, Schutzbrillen und dergleichen. Wenn solche angebracht oder vorhanden sind, nimm sie weg. Daß alle Vorkehrungen außer acht. So erleidest du leicht und sicher einen Betriebsunfall.
2. Ein Betriebsunfall bringt dir sofortige und dauernde Vorteile. Nicht nur dir, auch deinen Angehörigen und Hinterbliebenen.
3. Wenn du glücklich einen Unfall erlitten hast, soge dafür, daß er nicht zur Kenntnis der Betriebsleitung kommt, daß auch deine Mit-arbeiter nichts davon erfahren. Verhindere die Unfallmeldung mit allen Mitteln.
4. Es steht dir eine Verjährungsfrist von zwei Jahren zu. Nach Ablauf von zwei Jahren ist die Beweisführung viel leichter. Deine Mit-arbeiter werden den Unfall dann noch in frischer Erinnerung haben.
5. Trete nicht eher in ärztliche Behandlung, als wenn du 40 Grad Fieber hast. Vermeide beim Arzt jede Mitteilung, daß dein Leben auf einen Unfall zurückzuführen ist.
6. Wenn die Unfallmeldung ohne dein Zutun erfolgt, so mache, wenn die Behörden Erhebungen pflegen, möglichst viel nebenfällige und unklare Angaben. Die Berufsvereinigungen sind sicher das heraus-suchen, was zu deinen Gunsten spricht.
7. Wenn du den Rentenbescheid bekommst, gegen den du innerhalb eines Monats Berufung einlegen kannst, so lasse ihn vier Wochen zu Hause liegen. Der letzte Tag reicht zur Sammlung von Beweisen, zur Berufungseinlegung und Begründung vollkommen aus.
8. Den Briefumschlag, in dem der Bescheid zugeht, verwahre sorgfältig. Du kannst sonst später der Lage der Zustellung und der Ablauf der Frist festgestellt werden.
9. Wende dich niemals an ein Arbeitersekretariat. Es wäre zu be-fürchten, daß dort deine Sache wiederholend behandelt werden könnte.
10. Wenn du aber doch die Hilfe eines Arbeitersekretariats in Anspruch nehmen willst, so warte so lange, bis deine Sache durch alle Instanzen hindurch verloren ist.

Die Ausgetretenen

In den Reihen der Arbeiterschaft gibt es noch einige, die aus diesem oder jenem Grunde „ausgetreten“ sind. Sehr oft, weil die Verbände „nichts gemacht“ haben. Aber sie haben „nichts gemacht“! Auch die Unternehmer haben ihre Verbände, sind dort Mitglied und zahlen nicht geringe Beiträge. Arbeitskollegen, der du ausgetreten bist, hast du schon einmal einen Unternehmer kennen gelernt, der aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten wäre, weil er „nichts oder nicht genug für ihn getan hätte“? Nein, das gibt es nicht. Obgleich die Arbeitgeberverbände stets behaupten, sechs volle Jahre unter dem Druck der Gewerkschaften gekämpft zu haben — ausgetreten ist keiner! Die haben gewußt, warum nicht! Und du?

Das ist der unverzeihliche Fehler der deutschen Arbeiterschaft. Der Unternehmer tritt aus seinem Verband höchstens dann aus, wenn er sich selbst so stark fühlt, daß er in seinen Betrieben die Arbeiter allein noch mehr in Lohn und Arbeitszeit drücken kann. Bei uns das Gegenteil. Nicht die halten sich von der Organisation fern, die infolge höchster Lethargie und Ungeist ohne Organisation einen anständigen Lohn erzielen können, sondern die sind es, die sich so schwach fühlen, eine Lohnbewegung auf eigene Faust zu führen. Wüßte du trotzdem die Kraft und Stärke der Organisation nicht erhöhen?

Der Schiffbau in 1925. In 1925 sind den Nachweisungen von Lloyd Register zufolge insgesamt 855 Schiffe mit zusammen 2 193 404 Bruttoregistertonnen vom Stapel gelassen worden. An der im Vergleich von 1925 neu hinzugekommenen Schiffstonnage waren die englischen Werften mit 1 084 633, gleich 49,5 % beteiligt. Auf Deutschland entfielen 406 374, auf Italien 142 046, auf die Vereinigten Staaten 128 776, auf Holland 78 823, auf Frankreich 75 569, auf Dänemark 73 268 und auf Japan 55 784 Bruttoregistertonnen. Gegenüber 1924 hat sich der Zugang an neuer Tonnage um 54 000 vermindert. Unter den in 1925 vom Stapel gelassenen Schiffen befinden sich 15 mit 15 000 Bruttoregistertonnen und mehr. Von der Gesamttonnage der Welt waren Ende 1925 17 804 122 Bruttoregistertonnen auf 61 Feuerung eingerichtet gegen 1 310 000 in 1914.

der kleinsten Bestandteile an den Schweißstellen sich ändern, was man am besten erkennen kann, wenn man wiederum eine solche Schweißstelle zerlegt und sieht. Ebenso kann man eine Verlagerung der Bestandteile bei Wiegung von Fließgeschwindigkeiten feststellen, man wird hierbei finden, daß die nach innen liegende Faser gedrückt und die nach außen liegende gezogen worden ist.

Beim Zerlegen eines Werkstoffes kommt die Werkstoffbildung sehr stark zum Ausdruck, und man kann an den Bruchstellen die Kristalle und Bestandteile sehr deutlich erkennen. Man wird zum Beispiel bei Wiegung einen groben Bruch finden gegenüber einem feinen beim Schmiedestück.

Die Festigkeiten der verschiedenen Werkstoffe werden auf verschiedene Arten geprüft. Zuerst kommt die oben angegebene Untersuchung in Bezug auf das Gefüge in Frage, ferner werden Stäbe von ganz bestimmten Ausmaßen einer Zerreiß-, einer Druck- und einer Biegeprobe unterzogen, wobei der Versuch in den meisten Fällen bis zu erfolgtem Bruch durchgeführt wird, um die Zahlen zu finden, denen der Werkstoff nach gewachsen ist. In der Praxis wird der Werkstoff natürlich nicht bis zu diesen Grenzen beansprucht, sondern es wird unter etwa zehnfacher Sicherheit berechnet.

Prüfung auf Härte erfolgt mittels der Kugelschlagprobe oder mittels Stempelpressen; bei der ersten wird mit einer bestimmten Kraft eine Kugel in den Werkstoff geschlagen und der Durchmesser des dadurch entstehenden Kraters dient zur Berechnung der Härte. Bei der Prüfung mittels Stempelpressen beruht das Ergebnis auf dem Radius eines von bestimmter Höhe fallenden Hammers. Die Größe des Radius zeigt dann die Härte an. Selbstverständlich sind die obigen Angaben nur unvollkommen insofern, als die heutige Werkstoffprüfung zu einer Wissenschaft ausgebildet wurde, welche langes Studium erfordert, für uns soll es aber genügen, einen kleinen Einblick in die Zusammenhänge der Werkstoffe sowie die Prüfung derselben erhalten zu haben.

